

Protokoll der digitalen Delegiertenversammlung

8. Mai 2021, 10.30 Uhr – 15.30 Uhr, Hotel Kreuz Bern

Vorsitz:	Rebekka Wyler
Protokoll:	Jil Meyer
Teilnehmer*innen:	232 Delegierte sowie diverse Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

Rebekka Wyler begrüsst zur digitalen Delegiertenversammlung. Es sind insgesamt 240 Anmeldungen von Delegierten eingegangen.

1. Eröffnungsgeschäfte

Technische Probleme

Technische Probleme können nicht ausgeschlossen werden, deshalb wird um Verständnis gebeten., Für technische Probleme steht eine deutsch- sowie eine französischsprachige Notfallhotline zur Verfügung.

Abstimmungsverfahren

Abstimmungen werden über das neue DV-Tool durchgeführt. Mittels farbigem Punkt kann überprüft werden, ob die eigene Stimme richtig registriert wurde.

Mandatskontrolle und Abstimmungsbüro

Die Mandatskontrolle und das Abstimmungsbüro übernehmen Claudio Marti und Karin Mader.

Redezeitbeschränkung

Erfahrungen zeigen, dass bei Online-Versammlungen kurze Voten im Allgemeinen besser abschneiden, weshalb eine generelle Redezeitbeschränkung von maximal 2 Minuten gelten wird. Bei Reden gilt keine Redezeitbeschränkung.

Wortmeldungen

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Bei Wortmeldungen bezüglich des Corona Positionspapiers ist der entsprechende Antrag anzugeben.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden. Dies kann auch über das Wortmeldeformular geschehen.

Abstimmungen

Rebekka Wyler teilt mit, wann die Abstimmungen öffnen und das Abstimmungsfenster wieder schliesst.

Geschäftsordnung

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Genehmigung def. Traktandenliste

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die definitive Traktandenliste wird genehmigt.

Protokoll der digitalen Delegiertenversammlung vom 13. Februar 2021

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird genehmigt.

2. Mitteilungen

Die Sommeruni 2021 im Kanton Wallis wurde abgesagt. Die SP wird ein alternatives Programm zusammenstellen mit verschiedenen Online-Veranstaltungen. Die Koordinationskonferenz vom 7. Mai hat mit über 50 Teilnehmenden stattgefunden. Eine angeregte Diskussion fand statt, insbesondere über die Statutenrevision der SP Schweiz. Die Antragsfrist 1 läuft bis zum 1. Juni 2021. Nach wie vor gehen wir davon aus, dass der Parteitag in St. Gallen durchgeführt werden kann.

3. Botschaft von Norbert Walter-Borjans zum Europa-Tag

Vor genau 71 Jahren ging der 1. Weltkrieg zu Ende. Norbert Walter-Borjans freut sich über die Teilnahme der SP Schweiz am Europatag. Die Schweiz leistet einen wichtigen Beitrag zur Zusammenarbeit mit der EU. Der Begriff der Solidarität sollte auch umgesetzt werden. Sein Wunsch ist es, dass unsere Nachkommen nie wieder Krieg erleben müssen. Sozialdemokrat*innen müssen zusammenhalten.

4. Rede von Cédric Wermuth

Die Rede von Cédric Wermuth ist unter folgendem Link zu finden: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/210508_-_discours_cw.pdf

5. Botschaft von Iratxe García Pérez zur Rolle Europas in der Corona-Krise

Am diesjährigen Europatag wird über die Gestaltung der Zukunft von Europa diskutiert. Es ist wichtig, gemeinsam die Pandemie zu bekämpfen. Jede Stimme und Meinung zählt im europäischen Parlament. Die Sozialdemokrat*innen müssen gemeinsam kämpfen für eine starke Mehrheit im europäischen Parlament.

6. **8. Mai 1945: Ende des Zweite Weltkriegs in Europa – Antisemitismus und antifaschistischer Widerstand gestern und heute**

Cédric: Nimmst du gewisse sozialdemokratische Aspekte in dein neues Amt mit?

Ralph Lewin: Die Aufgabe ist deutlich näher an dem, was ich früher gemacht habe. Es gibt viele Berührungspunkte wie der Einsatz für Minderheiten oder der Kampf gegen Rassismus. Das Verständnis und die Empathie für Personen mit Migrationshintergrund sind sehr gross. Der SIG engagiert sich ebenfalls im Asylbereich.

Cédric: Welche Rolle spielt die Shoah in der schweizerischen jüdischen Gemeinschaft heute noch und ist es wichtig, dass man sich an diese Zeit zurückerinnert?

Ralph Lewin: Ja, das ist sehr wichtig. In der jüdischen Bevölkerung ist dieses traurige Kapitel in der Geschichte präsent. Das Entscheidende ist, dass sich dieses Ereignis nie mehr wiederholen darf. Die Überlebenden werden immer weniger. Wir müssen insbesondere den Jugendlichen aufzeigen, wie das ganze geschehen konnte und welche Folgen daraus entstanden sind.

Cédric: Wie beurteilst du den Antisemitismus in der Schweiz?

Ralph Lewin: Man muss unterscheiden zwischen der internationalen Besorgnislage und dem alltäglichen Antisemitismus. Uns macht insbesondere die Entwicklung im Netz Sorge. Die Hemmschwelle im Internet ist viel tiefer, deshalb müssen die sozialen Medien Verantwortung übernehmen.

Cédric: Was ist die Position des SIG zur Definition von Antisemitismus und existiert ein Problem mit linkem Antisemitismus in der Schweiz?

Ralph Lewin: Der SIG unterstützt die IHRA-Definition. Wir möchten, dass die Schweiz diese Definition ebenfalls unterstützt. Die Definition verlangt, dass man an Israel keine anderen Massstäbe anlegt als an andere Staaten. Zum Beispiel sollte man Juden und Jüdinnen nicht für die israelische Regierung verantwortlich machen. Persönlich litt er nie unter Antisemitismus, jedoch fand er es problematisch, dass man in den 70er Jahren Israel für die ganzen Probleme im Nahen Osten verantwortlich gemacht hat.

7. **Wie finanzieren wir die Corona-Pandemie?**

Das Positionspapier der SP Schweiz zur Finanzierung der Corona-Krise «Wie unser Land solidarisch, feministisch und ökologisch aus der Krise hervorgehen kann.» mit allen 33 eingegangenen Anträgen und den Empfehlungen der Geschäftsleitung ist als separates Dokument aufgeschaltet und unter folgendem Link zu finden: www.spschweiz.ch/digitale/v

Samuel Bendahan: Seit Beginn der Krise standen wir an der Front. Wir haben die Selbständigen und die besonders stark betroffenen Unternehmen vertreten. Heute ist es Zeit, einen Plan vorzulegen. Ungleichheiten wurden durch die Krise verstärkt. Diejenigen, die bereits vor Corona vulnerabel waren, sind am meisten betroffen. Wir wollen das Gemeinwohl von allen verbessern.

Podiumsdiskussion:

Kristina Schüpbach: Die Bereiche wurden sehr treffend ausgearbeitet. Die Coronakrise hat uns gezeigt, dass die Wettbewerbs- und Profitlogik, die den letzten Jahrzehnten dominiert hat, nicht funktioniert. Es zeigt sich insbesondere im Gesundheitswesen, in der Bildung und bei der Infrastruktur, dass eine reine Profitausrichtung nicht funktioniert. Das Wegkommen vom Profit hätte

man noch deutlicher machen können, insbesondere im Gesundheitswesen. Aus Kristinas Sicht hätte der Service Public eine grössere Rolle im Coronapapier spielen sollen. Es braucht eine kollektive Bereitstellung und Finanzierung dieser Bereiche. Die Finanzierung in der Schweiz ist kein Problem, das Geld ist vorhanden.

Céline Widmer: Die Grundversorgung muss in der öffentlichen Hand sein. Die Krise hat die Ungleichheit verschärft und die Dividendenausschüttung hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Es braucht einen solidarischen, feministischen und ökologischen Neustart. Wenn die USA einen Wiederaufbauplan von 1900 Milliarden und die EU einen Plan von 750 Milliarden vorlegen, kann die Schweiz nicht untätig bleiben und darauf hoffen, von den Anstrengungen der anderen zu profitieren. Der Kampf gegen die Pandemie ist ein globaler Effort, zu dem alle gemäss ihren Möglichkeiten beitragen müssen.

Samuel Bendahan: Die Antworten auf die Krise sind ungenügend, wir müssen jetzt handeln. Die Freigabe der Patente sollte ebenfalls im Coronapapier präsent sein.

Rebekka Wyler: Die Klimakrise ist das grösste Problem, dem wir uns stellen müssen. In Bezug auf Kristina Schüpbachs Rückmeldung reicht es sicherlich nicht, nur auf Elektromobilität umzustellen.

Kristina Schüpbach: Der Ausbau der Elektroflotte ist ein weiterer Dorn im Auge. Selbstverständlich müssen wir in solche Projekte investieren, aber es spielt keine zentrale Rolle in diesem Papier. Die Lösung der Klimakrise sollte kollektiv und gemeinsam geschehen und nicht individuell. Die Stärkungen des Service Public ist in diesem Fall von mehr Bedeutung.

Rebekka Wyler: Was müssen wir genau tun, um den Klimawandel zu bekämpfen?

Samuel Bendahan: Das Symbol der SP ist die Rose. Die Blüten stehen für die Hoffnung, die Krise zu überwinden. Der Stängel ist da, um die Blume zu nähren. Die Elektrifizierung der Flotte ist der Stängel. Wir sind beides. Wir können gemeinsam viel weiter gehen und Stück für Stück an unser Ziel gelangen.

Céline dankt Kristina für die hilfreichen Ergänzungen. Der Verkehr ist ein wichtiger Punkt, den wir gerne aufnehmen werden. Nebst Corona ist die Klimakrise die grösste Krise, welche wir anpacken müssen. Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.

Rebekka Wyler: Das Papier bewegt sich in vier Politikfeldern, in welchen etwas unternommen werden muss und Investitionen notwendig sind. Dabei handelt es sich um Gesundheit und Care, Aus- und Weiterbildung sowie die Klimafrage und den Ausbau der Infrastruktur. Die grosse Frage, die sich uns stellt: Wer finanziert das Ganze?

Céline Widmer: Der Bund erwartet Sonderausgaben von rund 45 Milliarden Franken, um die Folgen der Krise zu kompensieren. Dazu kommen rund 10 Milliarden Franken, um die Lücken in den bestehenden Hilfen zu decken. Wir sind überzeugt, dass wir genug Spielraum haben, uns zu verschulden. Die Schweiz hat eine tiefe Schuldenquote von ungefähr 26%. Es ist nicht die Zeit, Schulden abzubauen. Die Schweiz verfügt in Wirklichkeit über einen Spielraum für Verschuldungen von mehr als 191 Milliarden, ohne dabei die Verschuldungsquoten der Nachbarländer zu erreichen oder die Maastricht-Kriterien zu verletzen. Die Nationalbank verfügt über gewaltige finanzielle Reserven, die heute nicht angetastet werden und eigentlich der Bevölkerung gehören. Wir müssen unser ungerechtes Steuersystem angehen, wir müssen schauen, dass Grosskonzerne und Kapitaleinkommen höher besteuert werden. Es ist nun an der Zeit, dass wir gegen Steuerhinterziehung vorgehen.

Samuel Bendahan: Wir müssen Investitionen tätigen, die einen Mehrwert für die Gesellschaft bringen.

Kristina Schüpbach unterstützt die bereits angesprochenen Themen. Bereits vor Corona war klar, dass Investitionen in den Klimaschutz getätigt werden müssen. Die Verschuldung wird dem Land dank der Negativzinsen Milliarden einbringen. Mit der 99%-Initiative und anderen Solidaritätsabgaben können die Bevölkerung und die Lohnempfänger:innen entlastet werden.

Wortmeldungen

Carlo Lepori: Die Pandemie hat viele Opfer und Leid in die Welt gebracht. Die ältere Generation wurde zu Beginn der Pandemie stark getroffen. Heute geht es um einen sozialen, ökologischen und feministischen Neustart. Wir unterstützen das Positionspapier. Zusätzlich verkündet Carlo Lepori seinen Rücktritt als Co-Präsident der SP60+.

A-2 PS Fribourgeois

Marcel Mesnil erläutert, dass der aktuelle Titel nicht der Vorstellung des deutschen Textes entspricht. Wenn man ein Dokument unter dem Dach Hoffnung erstellt, muss es auch den Erwartungen gerecht werden. Statt von «Feminismus» sollte von Solidarität gesprochen werden. Den Begriff «ökologisch» ist nicht umfassend genug, um über Gesundheit und Ausbildung zu sprechen. Der Begriff «nachhaltig» sollte bevorzugt werden.

Samuel Bendahan für die Geschäftsleitung: Das Ziel des Dokuments ist, dass die Partei Stellung nimmt, wie die Krise bewältigt werden kann. Wir haben nicht den Anspruch, mit diesem Dokument alle Probleme aus der Welt zu schaffen. Wir schlagen einen Plan des Wiederaufbaus und des Wandels vor. Alle Massnahmen, die getroffen werden, betrachten wir vor einem ökologischen, feministischen- und solidarischen Hintergrund. Der Geschäftsleitung ist es wichtig, dass die drei genannten Hauptthemen im Dokument erwähnt werden.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

A-5 Delegation SP Kanton St. Gallen

Michel Ketterle fordert eine Ergänzung bei der Titelseite. Aktuell ist der Abschnitt wie folgt formuliert: Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Neu soll die Textpassage so lauten: Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm für alle Betroffenen der Coronakrise vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Michel Ketterle begründet die Anpassung mit folgendem Argument:

Im Papier werden die politischen Themen der SP in den Vordergrund gestellt. Das ist wichtig. Dennoch soll es nicht so wirken, als würden wir die realen Leiden der Betroffenen der Coronakrise und der Arbeitenden bloss als Vehikel für unsere Forderungen nutzen. Mit kleinen Änderungen wollen wir die Betroffenen direkt zu Beginn noch mehr in den Fokus rücken und die gedankliche Verbindung zur Krise stärken.

Céline Widmer: In einem ersten Schritt geht es darum die direkt und indirekt Betroffenen der Coronakrise ausreichend zu unterstützen. Es braucht einen Neustart, der sich an den Bedürfnissen allen Betroffenen ausrichtet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung der GL: Es handelt sich um ein Neustart-Programm für die ganze Gesellschaft, nicht «nur» für die Betroffenen. Natürlich stehen die Betroffenen in unserer Politik im Vordergrund, aber das Papier ist umfassender gedacht.

Beschluss der DV: Der modifizierten Annahme wird zugestimmt.

A-13 Delegation SP Kanton St. Gallen

Stefan Diener findet, dass die Argumentationskette verbessert werden muss. Die SP Kanton St. Gallen hat das Kapitel «Ein sozialer, feministischer und ökologischer Neustart für mehr Gemeinwohl» umformuliert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme, Anpassung des einleitenden Textteils: Die Krise hat die Schwächen unseres Systems deutlich gezeigt. Neben Sofortmassnahmen sind deshalb Investitionen in die Zukunft nötig. Systemrelevante Sektoren müssen langfristig gestärkt werden. Solche Investitionen sind wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Folgen der Krise zu bewältigen. Aber auch langfristig sollen sie das Leben von uns allen verbessern. Mit den Investitionen verfolgen wir drei Ziele:

Begründung der GL: Die Überlegungen hinter dem Antrag sind richtig, die vorgeschlagenen Texte jedoch deutlich zu lang. Wir schlagen deshalb vor, nur den einleitenden Textteil anzupassen.

Beschluss der DV: Der modifizierten Annahme wird zugestimmt.

A-18 SP Frauen *

Virginia Köppli fordert, dass Gesundheit und Care als Kapitel getrennt werden. Der Text des ursprünglichen Kapitels Gesundheit und «Care» soll neu den Titel Gesundheit erhalten. Während des Lockdowns wurde vielen Menschen bewusst, wie schwierig es ist, Homeoffice, Kinderbetreuung und Haushalt unter einen Hut zu bringen. Kinderbetreuung kann nicht einfach nebenbei erledigt werden. Sie erfordert Aufmerksamkeit, Zeit und Energie, ist also Arbeit - Care-Arbeit.

Laurie Willommet: Care-Arbeit und Gesundheit sind im gleichen Kapitel, obwohl es sich hierbei um zwei verschiedene Sektoren handelt. Im Abschnitt «Gesundheit» geht die Care-Arbeit völlig vergessen.

Anna Miotto nimmt Bezug auf die Begründung der Geschäftsleitung. Weshalb hat die Care-Arbeit keinen Platz in diesem Papier? Weshalb wird Feminismus im Text nicht erwähnt? Die unbezahlte Care-Arbeit soll im Dokument erwähnt und anerkannt werden.

Barbara Gysi: Es geht in verschiedenen Kapiteln um Feminismus. Am kommenden Parteitag wird über ein neues Papier diskutiert, welches auch Care-Arbeit beinhaltet. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass die beiden Themen genug abgedeckt sind.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung der GL: Es handelt sich hier nicht um ein Positionspapier zu Care-Arbeit, sondern um ein kurzes, pointiertes Papier zum sozialen, feministischen und ökologischen Ausstieg aus der aktuellen Krise. Das Papier fordert ausserdem gezielt eine Stärkung systemrelevanter Bereiche, in denen vielfach Frauen tätig sind. Unser Konjunkturprogramm ist also kein Investitionsprogramm für «Männerarbeitsplätze», sondern ein Impulsprogramm für alle. Die Geschäftsleitung weist darauf hin, dass sich

geplante Corona-Positionspapier für den Parteitag vom 28. August schwerpunktmässig den Themen Soziale Sicherheit, Gesundheit und Care gewidmet sein wird.

Beschluss der DV: Die Delegierten folgen dem Antrag der SP Frauen*.

A-26: Delegation SP Kanton St. Gallen

Renato Werndli fordert eine Umformulierung des Fliesstexts. Insgesamt sind im Klimateil des Papiers sieben Schadensfaktoren für das Klima aufgezählt, aber ausgerechnet einer der stärksten Klimaschädlinge fehlt und wird nicht einmal bei den Massnahmen rechts erwähnt: die Tierprodukte-Herstellung. Diese ist heute einer der wesentlichen Verursacher der Klimaerwärmung, welche über die massive Subventionierung der Tierprodukte durch Steuergelder weiter vorangetrieben wird. Die SP darf keine Angst davor haben, auch den Faktor des viel zu hohen Fleischkonsums in der Schweiz ehrlich anzusprechen und langfristige Lösungen zu fordern – angefangen zum Beispiel mit der Höhe und Verteilung der Subventionen.

Samuel Bendahan für die Geschäftsleitung: Es gibt eine Grundsatzfrage bezüglich der Tierprodukte. Ein Verbot für tierische Produkte anzusprechen, liegt nicht in unserem Sinn, im Dokument geht es um das Wohl der Menschen und nicht um das Tierwohl. Wir teilen die gleiche Meinung wie die SP Kanton St. Gallen, jedoch wollen wir kein Verbot von Tierprodukten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Hinzufügung folgender Sätze nach den zwei einleitenden Absätzen: «Der restliche Verkehr muss rasch elektrifiziert werden, dazu braucht es ein Netz von Ladestationen. Die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, dazu gehört auch eine Reduktion tierischer Produkte.» Der Satz zum Verkehr ist dafür in der rechten Spalte zu streichen

Begründung der GL: Die GL teilt die Überlegungen der Antragstellenden. Die vorgeschlagenen Formulierungen sind jedoch für das vorliegende Kurzpapier zu ausführlich.

Beschluss der DV: Die Delegierten folgen der Empfehlung der Geschäftsleitung.

A-29 SP60+, Heinz Gilomen

Heinz Gilomen stellt den Antrag vor: Wenn wir «die Lebensbedingungen der Menschen, welche die Krise besonders hart getroffen hat, verbessern» und dabei die soziale Gerechtigkeit, den Feminismus und die Ökologie betonen wollen, ist eine substantielle ökonomische Besserstellung der kleinen Einkommen unabdingbar. Es ist an der Zeit, die Einkommensschere wieder etwas zu schliessen und damit die Wirtschaft zu stärken.

Samuel Bendahan: Wir sind absolut einer Meinung. Wir wollen einen Investitionsplan und nicht ein Dokument, dass alle sozialdemokratischen Probleme auflistet. Wenn wir uns positionieren, müssen wir einer klaren Logik und Marschrichtung folgen. Der Inhalt wird im Papier bereits erwähnt, deswegen empfiehlt die Geschäftsleitung ein Nein.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Papier präsentiert ein Investitionsprogramm zum Ausstieg aus der aktuellen Krise und zur sozialen, feministischen und ökologischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Damit trägt es langfristig auch zur Stärkung der Kaufkraft bei. Die kurzfristige Stärkung der Kaufkraft, wie vom Antragsteller gefordert, ist jedoch nicht in diesem Papier zu behandeln. Die SP Schweiz setzt

sich täglich in den Parlamenten und ausserhalb für Erhalt und Stärkung der Kaufkraft von Menschen mit weniger Geld und von Betroffenen der Krise ein.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung lehnt den Antrag ab.

A-31 SP Frauen, Ronja Jansen, Nicola Siegrist

Virginia Köppli fordert, das Hinzufügen eines Konjunkturpakets im Care-Sektor. In unserem anderen Antrag (A-18) fordern wir ein Konjunkturpaket für den Care-Sektor. Deshalb muss hier das Bedarfsvolumen um 5 Milliarden aufgestockt werden und in der Darstellung ein Investitionspaket für den Care-Sektor von fünf Milliarden hinzugefügt werden.

Barbara Gysi: Die Aufstockung braucht es nicht, da wir bereits 20 Milliarden Franken in die Gesundheit investieren möchten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung. Siehe die Begründung zu A-18.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung lehnt den Antrag ab.

Schlussabstimmung bereinigtes Papier

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung nimmt das bereinigte Papier an.

R-1 der Geschäftsleitung, Schnell und solidarisch aus der Pandemie: Für einen weltweit gerechten Zugang zu Corona-Impfstoffen

Der gesamte Resolutionstext ist sowohl auf der Parteitagsseite wie auch unter dem entsprechenden Themendossier aufgeschaltet.

Fabian Molina: Wir sind seit über einem Jahr in dieser globalen Krise. Wir sind alle am Limit. Nur wenn die Bevölkerungen in allen Weltregionen ausreichend durch Immunität gegen das Virus geschützt sind, kann eine weitere, unkontrollierte Verbreitung der Krankheit verhindert und das Risiko weiterer Virusmutationen dauerhaft reduziert werden. Entsprechend ist eine rasche Steigerung der Produktionskapazitäten zur Herstellung von Corona-Vakzinen und der weltweit gerechte Zugang zu Impfstoffen zentral. Über 100 Staaten haben bisher keine einzige Dosis eines Corona-Impfstoffs erhalten. Das liegt daran, dass nur die Patentinhaber*innen den Impfstoff produzieren dürfen und die Pharmakonzerne, trotz Verknappung, auf ihren Patenten beharren. Zentral ist, die Produktionskapazität zu erhöhen. Selbst US-Präsident Joe Biden hat sich für eine temporäre Aufhebung der Patente ausgesprochen. Wir fordern, dass sich die Schweiz für die temporäre Öffnung der Patente für Covid-19-Impfstoffe einsetzt und ihren geplanten Beitrag für den globalen Gesundheitsschutz von 300 Millionen Franken sofort verdreifacht, mit einem Fokus auf multilaterale Initiativen wie Covax.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig an.

8. Rede von Alain Berset

Seit über einem Jahr prägt das Virus unser Leben. Noch nie war so viel von Solidarität zu spüren wie jetzt. Die Probleme, die bereits vor der Krise gross waren, sind jetzt noch grösser. Auf uns werden schwierige Jahre zukommen, insbesondere für die Schwächeren. Unser Engagement ist entscheidend. Die Arbeitnehmenden und die Unternehmen sind angewiesen, dass die Wirtschaft sie nicht fallen lässt. Am 13. Juni stimmen wir über das Covid-Gesetz ab. Über eine Millionen Menschen und hunderttausende Unternehmen waren oder sind immer noch auf Finanzhilfe angewiesen. Wir befürworten das Gesetz, damit alle unterstützt werden können, die unverschuldet in Not geraten sind. Die Spaltung der Gesellschaft wurde durch die Krise hervorgehoben.

Um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, brauchen wir dieses Gesetz. Das Ziel ist es, Konkurse zu verhindern, Arbeitsplätze zu erhalten und Existenzen zu sichern.

Wir müssen uns weiterhin für mehr Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt an Frauen einsetzen.

9. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 13. Juni 2021

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Min Li Marti: Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus will der Bundespolizei Mittel geben, um präventiv gegen mutmasslichen Terrorist*innen vorzugehen. Die Massnahmen im Gesetz werden nicht von einem Gericht, sondern von der Bundespolizeibehörde fedpol auf blossen Verdacht hin angeordnet. Wer mutmasslich andere gefährdet, kann ohne Beweise auf blossen Verdacht hin bis zu neun Monate unter Hausarrest gestellt werden. Das Anti-Menschenrechts-Gesetz definiert «terroristische Aktivität» so schwammig, dass plötzlich auch gewaltloser Aktivismus darunterfallen würde. Es reicht bereits aus, dass jemand «Furcht und Schrecken» verbreitet. Über 50 Schweizer Rechtsprofessor*innen haben den Bundesrat vor diesen Rechtsverletzungen eindringlich gewarnt. Die Massnahmen können gegen Kinder ab 12 Jahren bzw. ab 15 Jahren bei Hausarrest ausgesprochen werden – ohne ordentliche gerichtliche Anordnung. Dies untergräbt die Gewaltenteilung und verstösst unter anderem gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK): Artikel 5 der EMRK verbietet es, einem Menschen das Recht auf Freiheit willkürlich aufgrund einer schwammigen Vermutung zu entziehen. In einem Rechtsstaat geht es darum, Unschuldige vor der Willkür des Staates zu schützen.

Florian Schweri: Wir müssen diese Vorlage dringend zurückweisen. Die Begriffsdefinition im Gesetzesentwurf ist viel zu vage, um mit den Grundprinzipien des Rechtsstaates vereinbar zu sein. Der Entwurf geht nicht mehr von der Unschuldsvermutung aus. Die Veränderung des Nachrichtendienst-Gesetzes geht demnächst in die Vernehmlassung. Das führt dazu, dass andere Überwachungsmaßnahmen in Betracht gezogen werden können. Ein Beispiel wäre die Telefonabhörung.

Ronja Jansen: Terrorismus ist eine schreckliche Sache, das ist uns allen bewusst. Um als Terrorist*in zu gelten, genügt es «Furcht und Schrecken» zu verbreiten. Damit kann alles und jede*r gemeint werden. Die Folgen dieser schwammigen Definition kann uns alle zu potenziellen Terrorist*innen machen. Um Terrorismus wirklich entgegenwirken zu können, braucht es mehr Prävention.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 138 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Covid-19-Gesetz

Jacqueline Badran: Im Jahr 2013 nahm die Stimmbevölkerung mit 60% das Epidemienengesetz an. Es schaffte die rechtliche Grundlage für gesundheitspolizeiliche Massnahmen im Falle einer Epidemie. Die wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen wie die Kurzarbeitsentschädigung, Unterstützung für Sport oder Kultur wurden auf Grundlage von Notrecht vom Bundesrat beschlossen. Der Kern des Covid-Gesetzes sind Wirtschaftsmassnahmen sowie Grundlagen für die Beschaffung von medizinischen Produkten. Die Argumente des Referendumskomitees sind nicht stichhaltig. Kein Impfobligatorium kann sich auf das Covid-19-Gesetz stützen. Ebenso hätten die Wirtschaftsmassnahmen ohne Notrecht nicht so rasch umgesetzt werden können.

Die Behauptungen des Referendumskomitees sind radikal und bieten keine Lösung der Krise, ganz abgesehen von der Zerstörung der Instrumente, die es der Schweiz und der Bevölkerung erlauben, die Krise so gut wie möglich zu bewältigen.

Deshalb ist es wesentlich, dass das Covid-19-Gesetz angenommen wird, um die bis heute aufgegleiste Hilfe über den September 2021 hinaus aufrechtzuerhalten. Ohne das Gesetz wird sich die gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, deutlich verschlimmern.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 143 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

10. Strike for Future vom 21. Mai 2021

Podiumsdiskussion

Diskussion mit Milena Hess, Gary Domeniconi, Samuel Bendahan, Jacqueline Badran und Michael Rüegg.

Michael Rüegg: Die SP mag die Klimabewegung auf Facebook, gibt es von der Klimabewegung auch einen Like für die SP?

Milena Hess: Das Leben dreht sich glücklicherweise nicht nur um Facebook.

Michael Rüegg: Genügen die Klimaforderungen der SP?

Milena Hess: Nein, die Klimastreikbewegung haben drei konkrete Forderungen: Klimanotstand, Netto null bis 2030 und die Klimagerechtigkeit. Die letzten beiden Punkte vertreten nicht die genannten Forderungen.

Michael Rüegg: Macht die SP zu wenig für das Klima?

Gary Domeniconi: Die Frage ist äusserst komplex. Die Position der SP in den Instanzen hat nichts mit der Dringlichkeit der Sache zu tun, und der politische Ehrgeiz lässt zu wünschen übrig.

Michael Rüegg: Findet ihr, dass Seitens SP zu wenig für das Klima gemacht wird?

Jacqueline Badran: Als ich achtzehn Jahre alt war, initiierte ich an meiner alten Schule einen Parcours for future. Darin konnte man durch verschiedene Wege seine Zukunft gestalten. Insgesamt gab es zu diesem Thema drei Plakate. Auf dem ersten ging es um den Treibhauseffekt, das zweite stellte die steigenden Meeresspiegel dar und das letzte Plakat veranschaulichte die Klimaflüchtlinge. Seit über 41 Jahren setze ich mich für Umweltthemen ein.

Michael Rüegg: Laut deiner Befürchtung wird die Welt in vierzig Jahren eine andere sein. Denkst du, es kann trotzdem anders ausgehen?

Milena Hess: Es ist bereits unklar wie die Welt in einem Jahr aussehen wird, geschweige denn in vierzig Jahren. Die Verzweiflung wird immer wie grösser, denn bereits vor dreissig Jahren war die Situation bekannt. Wie geht man damit um, dass man im Jahre 2021 in dieser Thematik keinen Schritt weiter gekommen ist?

Michael Rüegg: Wir haben wohl keine vierzig Jahre mehr, wie kann man Tempo in die Sache bringen?

Samuel Bendahan: Wir sind alle damit einverstanden, dass es zu langsam vorwärts geht. Es gibt keine Debatte in der Partei bezüglich Geschwindigkeit. Die Frage ist, wie handelt die SP und was machen die jungen Streikenden. Im Bundesrat und der Regierung hätten wir keine ökologischen und sozialen Massnahmen. Ohne SP hätten wir diese Anträge nicht und wären schlussendlich noch langsamer. Das Problem ist, dass wir eine Minderheitenpartei sind. Je mehr Leute für die Zukunft demonstrieren, desto stärker werden die linken Kräfte und somit auch die SP. Wir müssen weiterkämpfen, insbesondere in den Regierungen und den Parlamenten.

Michael Rüegg: Was ist faul an unserem parlamentarischen System? Warum kritisiert ihr das, und gibt es Alternativen?

Gary Domeniconi: Das gegenwärtige Problem ist der Informationsmangel in unserer Gesellschaft. Wie positionieren sich die Parteien und Institutionen, um die Forderungen des Klimastreikes im Parlament umzusetzen. Ich denke es gibt bei den linken Parteien eine Kluft. Die Klimabewegung wird zu Podien eingeladen, aber zu richtigen Dialogen kommt es nie. Die Parlamente haben sich von der Strassenbewegung abgekoppelt.

Jacqueline Badran: Wir müssen uns auf etwas einigen. Es geht darum, wie man diese Ziele erreicht. Am Schluss vom Tag müssen die Forderungen in Gesetzestexte umgewandelt werden. Ein Appell reicht nicht, wir brauchen einen Systemwandel. Wir machen so viel, wie wir aus unserer Minderheitsposition tun können.

Michael Rüegg: Reicht es euch, die laute Stimme auf der Strasse zu sein?

Milena Hess: Die SP fordert Netto Null bis 2050 und will auf die Klimagerechtigkeitsbewegung eingehen. Wenn die Realpolitik nicht der Realität entspricht, muss man sich fragen, ob radikalere Forderungen aufgenommen werden sollten. Die nächsten Jahre sind prägend, deshalb ist es so wichtig, dass die Treibhausemissionen jetzt sinken.

Michael Rüegg: Die Coronakrise hat einen Notstand kreiert, die Politik hat schnell reagiert. Das Klima ist laut dem Papier ebenfalls einem Notstand ausgesetzt.

Samuel Bendahan: Das trifft zu. Wir teilen die Frustration der Klimabewegung. Unser System ist nicht richtig angepasst, um diese Krise zu bewirtschaften. Im Parteiprogramm steht, dass wir für einen Systemwechsel sind. Der Druck ist zu wenig gross. Viele SP Sektionen haben die Jugendlichen zu Diskussionen eingeladen. Wichtig ist, dass die Bewegung versteht, dass die SP die gleiche Zielsetzung hat.

Jacqueline Badran: Es ist nicht fair, uns vorzuwerfen, dass wir nicht mutig sind. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass die Ziele zu wenig ambitioniert sind. Die Realität ist, dass die Mehrheit vom Parlament und der Bevölkerung auf unserer Seite sein muss, damit wir die Forderungen in Gesetzestexte umwandeln können. Der Zusammenhalt ist wichtig.

Michael Rüegg: Die Realität reicht nicht aus, um Katastrophen zu verhindern. Wie seht ihr das?

Gary Domeniconi: Die analytischen Schemata sind nicht dieselben. Es wurde gerade dargestellt, dass die ökologischen Kosten nicht internalisiert werden können. Die Öko-Frage ist bei uns die Produktivkraft der Gesellschaft. Die Partei will gar keinen Systemwechsel und wagt es nicht, über ihren eigenen Schatten zu springen. Solange ihr diesen Schritt nicht wagt, werdet ihr von dieser Bewegung abgekoppelt sein. Es gibt keine Klimapolitik, die SP war die letzten 45 Jahre total ineffizient. Man sollte die Spreu vom Weizen trennen.

Michael Rüegg: Die SP ist die einzige Bundesratspartei die die Forderung der Klimabewegung unterstützt. Was fordert ihr von der SP, damit ihr der Meinung seid, dass am selben Strick gezogen wird. Was sind eure Vorstellungen?

Milena Hess: Es ist sehr wichtig, dass man sich den grundlegenden Fragen der Partei und Bewegungen stellt. Die Frustration ist von allen Seiten spürbar. Es ist unvorstellbar, dass man sich nicht an den wissenschaftlichen Fakten orientiert. Wünschenswert wäre, wenn man sich mit dem Klimaaktionsplan auseinandersetzen würde.

Gary: Ich bin der Meinung, wenn es keine SP oder Grüne gäbe, wäre die Lage noch prekärer. Es braucht sicherlich eine gewisse Realpolitik, aber die Frage ist die Natur des Kompromisses. Seit Jahren ist die SP eine rechts-zentristische Partei, darin sehen wir uns nicht.

Samuel Bendahan: Wir diskutieren gerne kontrovers. Wir denken nicht, dass wir eine rechts-zentristische Partei sind. Wir sind links und für die Überwindung des Kapitalismus. Der Mensch und die ökologische Frage stehen im Zentrum.

Jacqueline Badran: Wir sind sehr weit gekommen mit dem reformerischen Ansatz. Die genannte Kritik ist verständlich, aber der Punkt, dass die SP keine wissenschaftlichen Fakten verwendet, ist nicht wahr. Falls die Klimabewegung klare Ansätze und Lösungen vorschlägt, ist die SP gerne bereit, gemeinsam an einen Tisch zu sitzen.

Michael Rüegg: Wir konnten einen Blick auf die Gemeinsamkeiten und den Differenzen werfen. Es würde allen nützen den Dialog fortzusetzen. Die Dringlichkeit wurde gut zum Vorschein gebracht.

R-2 der GL: Gemeinsam für eine klimagerechte Zukunft!

Der gesamte Resolutionstext ist sowohl auf der Parteitagseite wie auch unter dem entsprechenden Themendossier aufgeschaltet.

Nicolas Sigrist: Die bedrohlichste Krise ist die Klimakrise. Die Klimabewegung hat ein enormes Potenzial den Status Quo anzugreifen. Der nächste Schritt dazu ist der Strike for Future am 21. Mai 2021. Die Geschäftsleitung ruft die Mitglieder und Sympathisant*innen auf, am Klimastreik vom 21. Mai teilzunehmen, natürlich unter Einhaltung der geltenden Massnahmen zum Gesundheitsschutz. Unser Ziel ist es, Diskussionsräume zu schaffen, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das aktuelle, wachstums- und kapitalgetriebene Wirtschaftsmodell und die damit verbundene Ausbeutung von Mensch und Natur verhindern eine gerechte, demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft. Aus diesem Grund wollen wir die Ursachen der Krisen bekämpfen, nicht bloss die Symptome.

Fabio Oberle: Wir befinden uns mitten im Abstimmungskampf für das revidierte CO2-Gesetz, das deutlich zu wenig weit geht, aber einen richtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt. Es ist wichtig, dass die SP die Forderungen der Bewegungen ins Parlament trägt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung stimmt der Resolution zu.

R-3 der GL: Für einen zukunftsfähigen Finanzplatz

Der gesamte Resolutionstext ist sowohl auf der Parteitagsseite wie auch unter dem entsprechenden Themendossier aufgeschaltet.

Jon Pult: Wir geben alles dafür, dass wir am 13. Juni 2021 einen deutlichen Sieg zum CO2-Gesetz einholen können. Die Welt braucht einen Systemwechsel. Unser Finanzplatz soll künftig dem Gemeinwohl dienen und zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme (Klimakrise, nationale und internationale Ungleichheit, Biodiversitätsschwund) beitragen. Die kleine Schweiz hat einer der grössten Finanzplätze der Welt. Das Ziel ist ein in jeder Hinsicht sauberer, klimaneutraler, sozial gerechter und damit zukunftsfähiger Finanzplatz. So wie es heute ist, kann es nicht weiter gehen. Die von der SP über Jahrzehnte geforderte und in den letzten Jahren endlich durchgesetzte «Weissgeldstrategie» muss dringend um eine «Grüngeldstrategie» ergänzt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung stimmt der Resolution zu.

11. Statuarische Geschäfte und Wahlgeschäfte

Genehmigung Jahresrechnung 2020

Rebekka Wyler: Wir bedanken uns bei unserer Finanzchefin Karin Mader für ihre hervorragende Arbeit. In Absprache mit allen Bereichen des Zentralsekretariats und der Partei wurde das Budget zusammengestellt und die Rechnung nun abgeschlossen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung nimmt die Jahresrechnung an.

Nachtragskredit zum Budget 2021: Befristete Stellenaufstockung auf dem Zentralsekretariat

Die im Oktober 2020 neu gewählte Parteileitung ist überzeugt, dass ein personeller Ausbau notwendig ist, um die Ausgangslage für gesamtschweizerisch erfolgreiche eidgenössische Wahlen 2023 zu schaffen und die Kampagnenfähigkeit der Partei zu stärken. Ziel ist, zentrale politische Kampagnen künftig »inhouse« zu bestreiten. Die Parteileitung möchte fünf zum Teil befristete Stellen schaffen. Die Parteileitung schlägt vor, im Bereich Kampagnen und Kommunikation insgesamt 200 Stellenprozent zu schaffen (Kampagnen Romandie, Kampagnen Deutschschweiz, Kampagnen mit Schwerpunkt aktive Medienarbeit). Die Stellen sollen per 1. September 2021 besetzt werden und sind befristet bis Ende 2023.

Zur Überbrückung der anfallenden Arbeiten bei den SP Frauen* soll ab Juni eine 40% Kampagnen-Stelle geschaffen werden, die bis Ende 2021 befristet ist.

Weiter hat sich die SP Schweiz zum Ziel gesetzt, die Kantonalparteien und Sektionen in der Romandie besser zu unterstützen. Zu diesem Ziel soll eine vorläufig auf 12 Monate befristete 80%-Stelle mit Schwerpunkt Romandie geschaffen werden.

Um im Kampagnen- und Kommunikationsbereich effizient arbeiten zu können, ist eine hohe Qualität des Datenmanagements vonnöten. Dazu schlägt die Parteileitung die Schaffung einer unbefristeten

60%-Stelle für die Bereiche Datenmanagement, Datenschutz und Datenarchitektur der SP Schweiz vor.

Für die Besetzung der oben erwähnten Stellen wird zulasten der Rechnung 2021 ein Nachkredit von insgesamt Fr. 140'400 beantragt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung nimmt den Nachtragskredit einstimmig an.

Wahl der Revisionsstelle

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, BERO Treuhand AG, Roland Laube, Gelterkinden, für die Jahre 2021 und 2022 als Revisionsstelle zu wählen.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung stimmt zu.

Wahl Co-Generalsekretariat

Barbara Gysi: Es ist schmerzhaft eine Person zu verabschieden, die mit so viel Engagement und Herzblut für die SP gearbeitet hat. 2013 bist du als Mediensprecher eingestiegen. Die SP hat enorm viel von Michael Sorg profitiert. Im Präsidium waren deine Feedbacks sowohl konstruktiv wie auch kritisch. Zusammen mit Rebekka bist du für die Weiterentwicklung des Zentralsekretariats verantwortlich

Cédric Wermuth: Im Jahr 2013 erzählte uns Christian Levrat, dass wir einen neuen Mediensprecher eingestellt haben, der bei Comparis arbeite. Ich hatte damals kein gutes Gefühl. Michael ist ein Meister im Übersetzen von komplexen Texten. Er besitzt die Begabung, Situationen präzise einzuschätzen. Es gibt zwei Fälle, bei denen Michael von der Umsetzung abgeraten hatte und er lag dabei richtig. Er ist unglaublich loyal und war bis zur letzten Sekunde motiviert.

Michael Sorg bedankt sich für die lieben Worte. Es war ein Privileg für ihn, über acht Jahre lang für die SP arbeiten zu dürfen. Es war wunderbar, sein Hobby zum Beruf zu machen. Die tolle Zusammenarbeit im Team war unglaublich. Er wünscht seinem Nachfolger, Tom Cassee alles Gute.

Mattea Meyer: Nach dem Rücktritt von Michael musste das Präsidium einen Nachfolger für ihn finden. Rebekka Wyler wird als Co-Generalsekretärin im Amt bleiben. Die Geschäftsleitung beantragt, das Generalsekretariat wiederum einer Co-Leitung anzuvertrauen und empfiehlt Tom Cassee zur Wahl, gemeinsam mit Rebekka Wyler. Der Geschäftsleitung war wichtig, eine Person vorzuschlagen, die einen Bezug zur SP und deren Netzwerken hat. Tom und Rebekka kennen sich seit Jahren und sind beide in der SP verwurzelt sind.

Tom Cassee stellt sich den Delegierten vor. Von 2013 bis Ende 2020 war er Kampagnenverantwortlicher der Konzernverantwortungsinitiative. Es war sehr eindrücklich, wie viel freiwillige Menschen sich für diese Initiative eingesetzt haben. Das Herz der SP Schweiz sind die Mitglieder. Trotz des vielen Engagements der Menschen wird es in den kommenden Jahren nicht einfacher. Ein grosses Problem stellt die Medienlandschaft dar. Heute kontrollieren wenige Konzerne die wichtigsten Zeitungen in unserem Land. Die Redaktionen kürzen immer mehr Jobs und senken die Qualität. Leider scheuen sich die CEO's immer weniger davor, redaktionell einzugreifen. Wie können wir die Bürger*innen direkter erreichen? Für unsere grossen politischen Ziele braucht es die kleinen Schritte in den Gemeinden, in den kantonalen Parlamenten und in den Regierungen sowie im Bundeshaus.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Tom Cassee und Rebekka Wyler werden mit 116 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen ins neue CO-Generalsekretariat gewählt.

12. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 26. September 2021

99%-Initiative: Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

Ronja Jansen: Die soziale Ungerechtigkeit droht, unsere Welt zu zerreißen. Das reichste Prozent besitzt heute 40% der gesamten Vermögen in der Schweiz. Gleichzeitig steigt die Anzahl Armutsbetroffene in der Schweiz. Die herrschende Krise hat die gefährliche Entwicklung drastisch verstärkt. Die 99%-Initiative, die Kapitaleinkommen höher und Arbeitseinkommen tiefer besteuern will, sorgt darum nicht nur für eine gerechtere Rückverteilung der Einkommen. Sie reduziert auch die Ungleichheit und damit die Anfälligkeit unserer Gesellschaft für künftige Krisen. Wie will man rechtfertigen, dass jeder Lohnfranken voll versteuert werden muss, zuzüglich Sozialversicherungen, die Kapitaleinkünfte aber steuerlich privilegiert sind? Wie will man begründen, dass Dividenden bei massgeblichen Minderheitsbeteiligungen (mindestens 10%) nur noch teilbesteuert werden, also nur zu 70% auf Bundesebene besteuert werden, während das für Kleinaktionäre nicht gilt?

Salma Selle: Das Steuersystem privilegiert nach wie vor die Reichen. Mit dem Kapitalismus ist die Krise nie zu Überwinden. Die Klimakrise und die soziale Katastrophe können durch diese Initiative zum Teil aufgedröselt werden.

Julia Baumgartner: In Basel wie auch in anderen Schweizer Städten wurde während der Pandemie die Facebookgruppe „gärn gscheh“ gegründet. Es sind immer noch 18'000 Menschen Teil dieser Gruppe, um sich gegenseitig zu helfen. Während Millionen von Menschen weltweit auf Grund der Coronakrise ihren Job oder ihre Existenzen verloren haben, profitierten die Reichen von der Pandemie. Wer für sein Geld arbeitet, sollte nicht mehr steuerlich benachteiligt werden.

Samuel Bendahan: Lasst euch nicht sagen, dass diese Initiative zu extrem sei. Die Kapitalgewinner bezahlen bis zu 30% weniger Steuern. Die Digitalisierung hat dazu geführt, dass die Kapitalgewinne buchstäblich explodieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt einstimmig die Ja-Parole.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 114 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Ehe für alle)

Tamara Funicello: Diese Vorlage wurde in der Wintersession 2020 von National- und Ständerat nach über 7 Jahren parlamentarischer Behandlung mit grosser Mehrheit angenommen. Frauenliebende Frauen werden mit dieser Vorlage nicht gleichgestellt. Weibliche Ehepaare sollen auch Zugang zur Samenspende erhalten, und die nicht-leiblichen Mütter dieser Kinder als Mütter rechtlich anerkannt werden, wenn die Samenspende in einem medizinischen Verfahren in der Schweiz durchgeführt wurde.

Anna Miotto: In der Schweiz sind queere Menschen im Gesetz stark diskriminiert. Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. Es ist höchste Zeit für die Ehe für alle. Homosexuelle Paare werden mit diesem

Gesetz heterosexuellen Beziehungen gleichgestellt. Leider hat der Ständerat in letzter Minute die ausländische und private Samenspende für lesbische Paare verboten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt einstimmig die Ja-Parole.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung beschloss die Ja-Parole mit 115 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

13. Resolutionen und Anträge

*R-4 SP Waadt: Gegen den Genozid an Uigur*innen*

Der gesamte Resolutionstext ist sowohl auf der Parteitagsseite wie auch unter dem entsprechenden Themendossier aufgeschaltet.

Emmanuel Deonna: Wir müssen solidarisch sein mit allen Minderheiten des chinesischen Totalitarismus. China ist eine Wirtschaftsgrossmacht geworden. Unser diplomatischer Hochseilakt stürzt ab zugunsten der Wirtschaft und zu Lasten der Menschenrechte. Der Bund muss den Genozid an den Uigur*innen anerkennen und sich aktiv mit wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen widersetzen, selbst wenn diese zu einem Bruch des Freihandelsabkommens mit China aus dem Jahr 2013 führen sollten.

Günter Baigger: Diese Resolution erhebt massive Vorwürfe gegen die chinesische Regierung, welche die Vorwürfe abstreitet. Er selbst bereiste vor drei Jahren Xinjiang und ist der Meinung, dass es den Menschen vor Ort gut geht und zweifelt am schlimmen Grad der Resolution.

Fabian Molina: Die Situation in der chinesischen Provinz Xinjiang ist dramatisch und belegt. Zahlreiche Berichte belegen, dass Zwangslager in gigantischem Ausmass existieren. Über 1.5 Millionen Uigur*innen und Kasach*innen werden in diesen Lagern festgehalten. Es gibt Rapporte über Zwangsarbeit und Zwangssterilisation sowie Kindswegnahme. Das ist eine gewaltige Menschenrechtsverletzung organisiert von den chinesischen Behörden. Es ist gemäss dem Übereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes auch ein Verbrechen des Genozids. Während Peking jegliche Vorwürfe zurückweist, kritisiert die SP Schweiz diesen Genozid und das offensichtliche Ausbleiben von echten Sanktionen der Schweiz gegenüber China scharf, ebenso die Involvierung von Schweizer Unternehmen in das, was man als eines der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschheit im 21. Jahrhundert bezeichnen kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution an.

A1-Die SP steht für Digitalisierung

Michel Ketterle ist froh, dass der Antrag angenommen wurde.

Andreas Burger: Die Geschäftsleitung teilt die Meinung von Michael Ketterle. Die Geschäftsleitung empfiehlt die Annahme zur Prüfung durch Präsidium und Zentralsekretariat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme zur Prüfung durch Präsidium und Zentralsekretariat

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung stimmt der Annahme zur Prüfung zu.

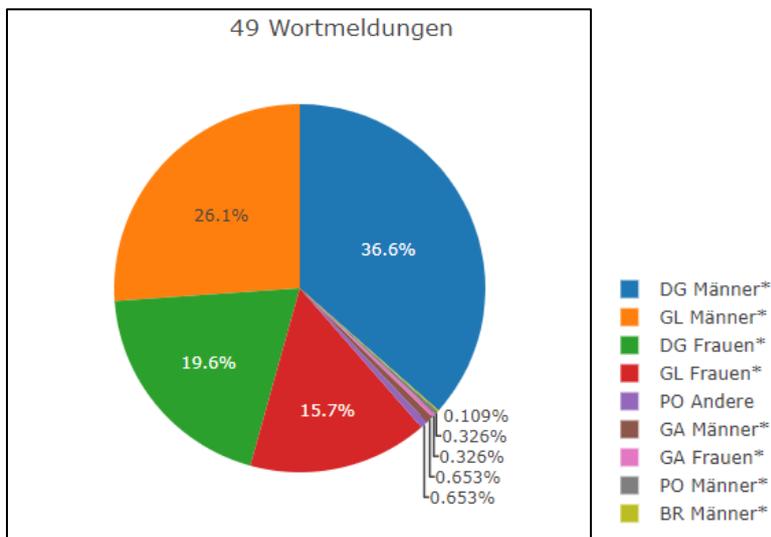
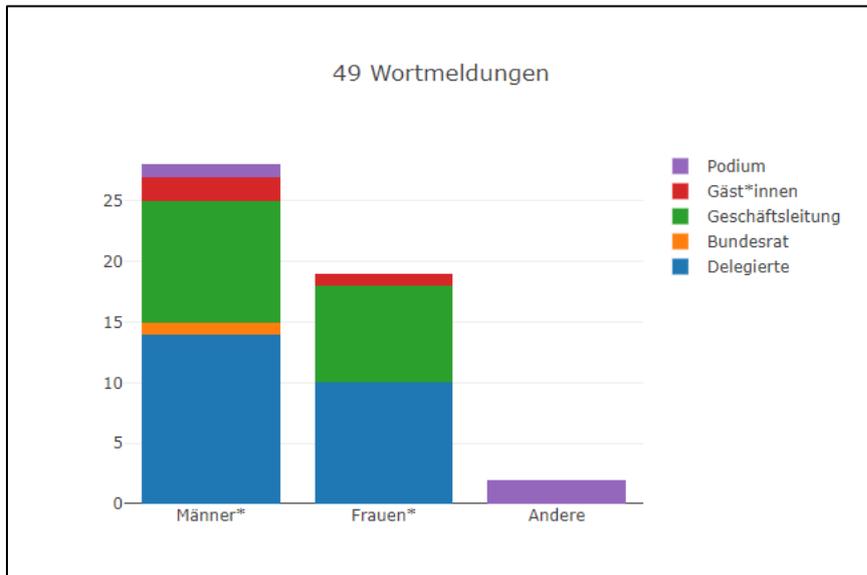
14. Schluss

Rebekka Wyler dankt allen Delegierten für die Geduld und die aktive Teilnahme. Des Weiteren bedankt sie sich bei Colette Siegenthaler, den Dolmetscher*innen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik sowie dem Personal des Zentralsekretariates der SP für ihren Einsatz.

Gender-Watch-Protokoll

Detailauswertung nach Wortmeldungen

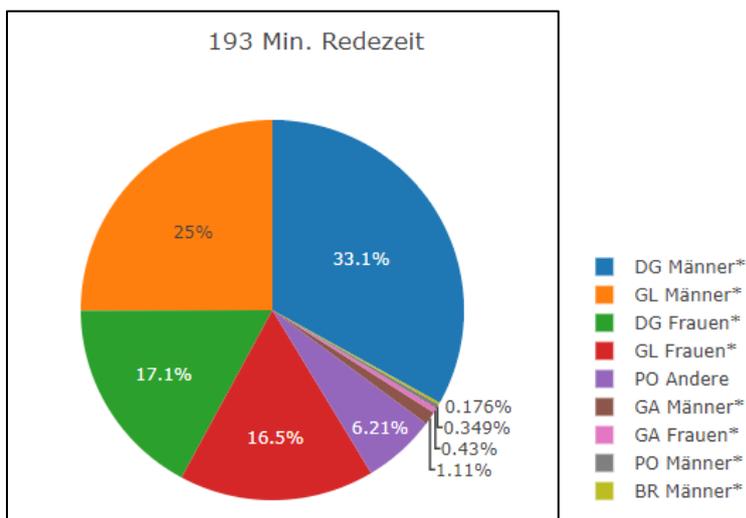
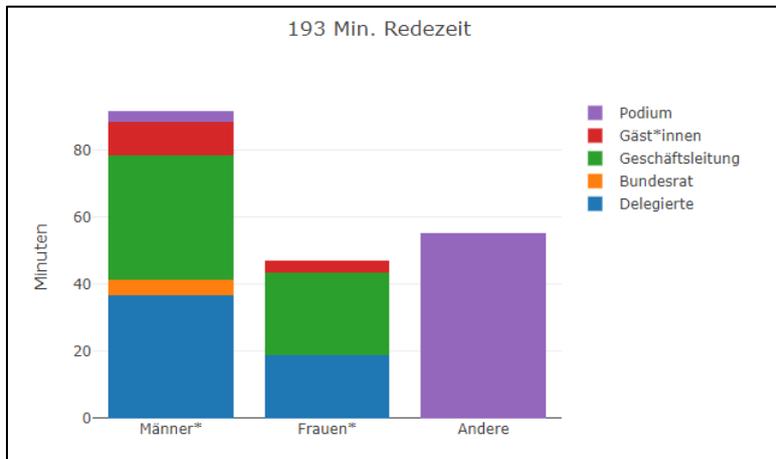
Nach Wortmeldungen (Total 49 Wortmeldungen)



GL = Geschäftsleitungs- und Präsidiumsmitglieder
 DG = Delegierte
 PO = Podium (Podiumsdiskussion)
 BR = Bundesrat
 GA = Gäst*innen

Detailauswertung nach Redezeit

Nach Redezeit (Total 193 Minuten)



GL = Geschäftsleitungs- und Präsidiumsmitglieder
 DG = Delegierte
 PO = Podium (Podiumsdiskussion)
 BR = Bundesrat
 GA = Gäst*innen